Der neue RUF Samstag, 12. Dezember 2020

# Waldretter: Behörden verschleppen Widerspruchsverfahren

#### Bezirksamt Hamburg-Mitte widerspricht Vorwürfen

(au) Wilhelmsburg. Das zähe Ringen um den Erhalt des Wilden Waldes am Ernst-August-Kanal geht weiter. "Die Bezirksaufsichtsbehörde und das Bezirksamt Hamburg-Mitte verschleppen das Widerspruchsverfahren", so lautet der Vorwurf der Waldretter Wilhelmsburg. Anfang September hat die Initiative, die sich für den Erhalt des "Wilden Waldes' am Ernst-August-Kanal einsetzt, Widerspruch gegen die Feststellung des Nichtzustandekommens des Bürgerbegehrens "Der Wilde Wald bleibt!" eingelegt. Seitdem hat die Initiative nichts mehr gehört (der Neue RUF berichtete). In der Zwischenzeit haben die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und der Stadtplanungsausschuss Beschlüsse bezüglich des Bebauungsplanverfahren "Spreehafenviertel" gefasst. Die Initiative zweifelt die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse an und hat nun die Schlichtungsstelle angerufen.

"Seit nunmehr drei Monaten lassen die Behörden die Initiative auf den Widerspruchsbescheid und eine Klärung des Sachverhalts warten. Die Behördliche Bezirksaufsicht und die Leitung des Bezirksamtes Hamburg-Mitte müssen sich mittlerweile Untätigkeit vorwerfen lassen", begründet die Initiative ihre Entscheidung.

So habe unter anderem die Leitung des Bezirksamtes es versäumt, mann der Initiative. die Abgeordneten zuvor über das anhängige Widerspruchsverfahren in Kenntnis zu setzen. Sie sei damit ihrer "allgemeinen Unterrichtungspflicht" gegenüber dem Bezirksparlament nicht nachgekommen. Deshalb zweifeln die Waldretter die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse an. "Die Abgeordneten hatten nicht alle in diesem Zusammenhang not- es nicht zutreffend, dass das Be-



Ein Teil des Wilden Waldes soll für das Neubaugebiet Speehafenviertel weichen, die Waldretter versuchen, das zu verhindern Foto: Wilder Wald

so Horst Dillmann, Vertrauens-

Diesen Vorwürfen widerspricht das Bezirksamt Hamburg-Mitte. "Das Widerspruchsverfahren wird nicht durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte bearbeitet, sondern durch das zuständige Amt für Bezirksverwaltung in der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke. Daher ist unabhängige und sachgerechte derspruchsverfahren verschleppe. tionsschreiben der Initiative ist im schung, Gleichstellung und Bezirke.

Entscheidung treffen zu können", Vielmehr ist es so, dass das Bezirksamt Hamburg-Mitte an einer zügigen Entscheidung über den Widerspruch interessiert ist, um Klarheit zu haben. Zu dem Zeitpunkt, als der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte informiert wurde, war der Bezirksverwaltung Hamburg-Mitte nicht bekannt, dass in der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke bereits ein Widerspruch eingegangen war. ten Tagen zugehen", heißt es aus wendigen Informationen, um eine zirksamt Hamburg-Mitte das Wi- Ein angeblich versandtes Informa- der Behörde für Wissenschaft, For-

Bezirksamt nicht eingegangen", erklärt Bezirksamts-Sprecherin Sorina Weiland.

Wilhelmsburg bezieht sich auf zwei Sachverhalte:

Zum einen habe das Bezirk-2019 nach Meinung der Waldretter ein falsches Quorum für das Zustandekommen festgelegt. Es setzte die Zustimmung von drei Prozent der Wahlberechtigten aus dem Bean, also 6237 Unterschriften. Der Bezirk Hamburg-Mitte habe aber seit 2019 mehr als 300.000 Einwohner, sodass laut Gesetz nur die Unterschriften von zwei Prozent der Wahlberechtigten, also 4158, für ein Zustandekommen nötig seien. Zum anderen sehen sich die Waldretter durch die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte an der Durchführung des Bürgerbegehrens gehindert.

Aus den genannten Gründen hat die Initiative eine Rechtsanwältin eingeschaltet und erwartet ein deutliches Entgegenkommen der Behörden. Ein Schriftsatz mit der Aufforderung zu einem Schlichtungsgespräch ist an die zuständige Bezirksaufsicht rausgegangen. Die Waldretter fordern einen Monat als Nachsammelfrist – mit einem Quorum von 4158 gültigen Unterschriften.

Es scheint aber Bewegung in die Sache zu kommen. "In dem Verfahren hat eine Widerspruchsverhandlung stattgefunden, aus der sich weiterer Aufklärungsbedarf ergab. Der Widerspruchsbescheid ist in Bearbeitung; eine Entscheidung wird den Antragstellenden in den nächs-

### Freiwilliges Engagement für die Umwelt

Jetzt bewerben für ein FÖJ

22. Dezember ist es wieder möglich, sich für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Hamburg für Der Widerspruch der Waldretter den Jahrgang 2021/2022 zu bewerben. Mehr als 50 Einsatzstellen mit rund 80 FÖJ-Plätzen stehen zur Verfügung. Im Naturschutzgebiet Bobersamt bei der Zulassung des ger Dünen oder Fischbeker Heide, im Bürgerbegehrens im November Botanischen Sondergarten, bei der Stadtreinigung Hamburg, im Klövensteener Forst oder auf der Insel Neuwerk im Hamburgischen Wattenmeer: Eine bunte Vielfalt aus Einsatzstellen bietet spannende Einblicke in zirk Hamburg-Mitte für das Zustan- die Bereiche Naturschutz, Umweltdekommen des Bürgerbegehrens bildung, Öffentlichkeitsarbeit sowie auch technische Berufe.

(au) Hamburg. Lust auf Einsatz im Seit 25 Jahren engagieren sich nun Natur- und Umweltschutz? Ab dem bereits junge Menschen ein Jahr freiwillig für die Umwelt und unterstützen somit tatkräftig die Arbeit in den Einsatzstellen der Hansestadt. Geboten werden: Spannende Erfahrungen in Theorie und Praxis, Kontakte, begleitende Seminare, ein monatliches Taschengeld sowie ein Wohn-/Verpflegungskostenzuschuss und eine HVV-Proficard.

Das FÖJ beginnt am 1. August 2021 und endet am 31. Juli 2022. Über das Online-Bewerbungsportal können sich ab dem 22. Dezember junge Menschen im Alter von 16-26 Jahren für ein FÖJ in Hamburg bewerben. Weitere Informationen unter www. hamburg.de/foej.





ServiceLine, Tel.: 2576-0

Fr. 01.01.

www.stadtreinigung.hamburg

Abfuhr am Sa. 02.01.

## Das UKE soll Krankenhaus Groß-Sand retten

#### Kundgebung auf dem Rathausmarkt geplant

■ (au) Wilhelmsburg. Das Bünd- • Der neue Träger muss Groß-Sand durch einen Neustart der Pflege-Sand bleibt!" veranstaltet am Diens- Grund- und Notfallversorgung ertag, 15. Dezember, um 17 Uhr eine halten. Kein Krankenhaus "light". hausmarkt vor dem Hamburger Rathaus. Damit wollen sie erneut auf die Lage des Krankenhauses Groß-Sand aufmerksam machen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Das Krankenhaus ist in einer wirtschaftlich desolaten Lage, seit Monaten wird um eine Lösung gerungen, wie es mit dem Wilhelmsburger Krankenhaus weitergehen soll (der Neue RUF berichtete). Laut des Bündnisses sei es "aber verdächtig still geworden um das Wilhelmsburger Krankenhaus 'Groß-Sand'. Das Erzbistum halte sich weiter bedeckt. Auch die Kolleginnen und Kollegen im Haus erführen wenig Neues und seien sehr verunsichert. Der von der Behörde eingerichtete "Lenkungsausschuss" habe seit Wochen nicht mehr getagt. Gleichzeitig verhandele das Bistum im Hintergrund über einen neuen Träger", erklärt das Bündnis. Das Bündnis fordert die Stadt auf, nicht mehr nur beratend in der Angelegenheit zu agieren, sondern sie müsse jetzt "steuernd eingreifen und die für die Versorgung des Stadtteils und der umliegenden Betriebe unverzichtbaren Standards sicherstellen!" Dazu gehören nach Ansicht des Bündnis-

"Krankenhaus "Groß-Sand: JETZT" dem aus Patienten lediglich ins woch, 16. Dezember, tagt die Ham-

nis "Aktion Krankenhaus Groß- als allgemeines Krankenhaus der schule entsprechend des Konzepts "Pflegecampus Wilhelmsburg".

Der Zeitpunkt der Kundgebung ist Kundgebung unter dem Motto • Kein "Portal-Krankenhaus", von nicht zufällig gewählt: Am Mittist die Stadt gefordert!" auf dem Rat- "Mutterhaus" weitergeleitet werden. burgische Bürgerschaft. Die Par-



Die Diskussionen um das Wilhelmsburger Krankenhaus Groß-Sand reißen nicht ab. Die Partei Die LINKE. möchte das angeschlagene Krankenhaus in eine städtische Trägerschaft überführen.

• Der neue Träger muss "Wilhelmsburg-Ziele" haben und Gesundheitsperspektiven für den Stadtteil, die Betriebe, den Hafen und den Hamburger Süden insgesamt entwickeln. • Der neue Träger muss bereit sein, erheblich zu investieren und den Krankenhausstandort Wilhelmsburg auszubauen.

• Der neue Träger soll einen wirklichen Beitrag zur Ausbildung neuer ses unter anderem folgende Punkte: Pflegekräfte leisten, zum Beispiel

tei Die LINKE. hat einen Antrag eingebracht, der sich mit dem Thema Groß-Sand beschäftigt. Die Abgeordneten fordern darin, die Gesundheitsversorgung auf der Elbinsel sicherzustellen und das Krankenhaus Groß-Sand in städtische Trägerschaft zu überführen. "Schon seit mehreren Jahren sind die finanzielle Schieflage und der Investitionsstau des Krankenhauses bekannt, deshalb will das Erz-

bistum das Krankenhaus verkaufen. Mittlerweile zieht das Bistum auch nicht konfessionelle Käufer in Betracht. Somit wird ein Einstieg von privaten Trägern als auch ein Einstieg des UKE als städtische Klinik möglich. Es steht zu befürchten, dass bei einem Verkauf an einen privaten Träger die bedarfsgerechte und bestmögliche Gesundheitsversorgung der Elbinsel nicht mehr im Mittelpunkt stehen wird, sondern ein erlösoptimiertes Krankenhaus, das keine Grund- und Regelversorgung mehr leistet", heißt es in dem Antrag.

Sowohl das Bündnis "Aktion Krankenhaus Groß-Sand bleibt!" als auch die Linken sprechen sich für eine Trägerschaft durch das Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) aus. "Wenn ein privater Träger diese Standards nicht gewährleisten kann, dann muss eine öffentliche Trägerschaft her. Als 2004 das Altonaer Kinderkrankenhaus von Schließung bedroht war, hat die Stadt interveniert. Eine Tochtergesellschaft des UKE hat damals die Trägerschaft übernommen", schreibt das Bündnis. Dabei wären vielfältige Synergien zwischen einem Universitätskrankenhaus und einem Basiskrankenhaus vorstellbar: Bei der Kooperation in der Patientenversorgung, bei der Ausbildung von ärztlichem Nachwuchs und von Pflegepersonal bis hin zur Versorgungsforschung", so das Bündnis weiter.

